

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

74 (29.8.1946)

August 1944

# BADISCHE NEUESTENACHRICHTEN

Verlag: Badesdruck GmbH. Karlsruhe, Donnerstag, 29. August 1944. Nummer 74

## Molotow fordert Reparations-Festsetzung

Australische Angriffe gegen Sowjetrußland — Meinungsäußerungen ehemaliger Feindstaaten vorgeschlagen — Polen verzichtet auf rumänische Reparationen

Paris, 28. August. (dona) Der wirtschaftliche Austausch der Balkanländer nahm einen politischen Charakter an, wovon Polen eine Stellungnahme zu wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertragsvertrages für Ungarn vorlegen kann.

Die australische Delegation sprach sich mit dem sowjetischen Außenminister Molotow über die Festsetzung einer willkürlichen Grenze für Reparationsleistungen der Balkanländer an die Sowjetunion aus. Der Delegationschef sprach vor, die in den Friedensverträgen festgesetzten Summen herabzusetzen, da die Balkanländer die Festsetzung hoher Reparationsleistungen sowohl zum Nachteil der Sieger als auch der Besiegten sein würden. Die Reparationsleistungen dürften nicht so hoch sein, daß sie den

Wachinski forderte die Ablehnung des australischen Antrags und erklärte, sieben Unterweltschüsse, die sich mehrere Monate lang gearbeitet und Berichte bis zu 200 Seiten Länge vorgelegt. Der sowjetische Vertreter bezeichnete das Vorgehen der Australier als „Verzögerungstaktik“ und warnte vor einem Mißbrauch der Zeit, die dem Ausschuss zur Verfügung steht. Er sagte: „Wir sind bereit, neue Vorschläge zu prüfen, aber wir wollen nicht Versteck spielen.“

Der australische Delegierte Beasley verteidigte daraufhin den Vorschlag seiner Delegation und zifferte die sowjetischen Vertreter scharf an.

Er erklärte: „Die russische Delegation läßt ihre Faust auf jede Nation niederfallen, welche die Entscheidungen der großen Vier in Frage stellt.“ An anderer Stelle sagte er: „Wir lassen uns nicht einschüchtern von einer Macht, nur weil sie gerade eine Großmacht ist.“

Keine Delegation, mit Ausnahme der russischen, habe die Arbeit der Friedenskonferenz aufgehalten.

Hector McNeill (Großbritannien) unterstützte den australischen Vorschlag, der jedoch nach längerer Debatte zurückgezogen wurde. Hodson erklärte sich damit einverstanden, daß der Vorschlag, wenn er es für notwendig halte, Unterweltschüsse einsetzen könne. Dieser Vorschlag, der von Frankreich abgelehnt wurde, wurde einstimmig angenommen.

Auf der Tagesordnung des militärischen Ausschusses stand ein Vorschlag des amerikanischen Vertreters, Admiral R. L. Conolly, wonach

Nichtmitglieder der Konferenz und ehemalige Feindstaaten das Recht haben sollen, ihre Ansicht im militärischen Ausschuss zu äußern, um zu bringen, Abgemittelt solle jedoch über diese Ansichten nur werden, wenn ein Mitglied des Ausschusses einen entscheidenden Abänderungsvorschlag einbringt. Der sowjet. General Slawine verlangte eine eindeutige Ablehnung des amerikanischen Antrags. Er wurde beschlossen, daß die Vertreter der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens über die unstrittige Frage zunächst gesondert verhandeln sollen.

Eine überraschende Erklärung Polens

Der Hauptteil der Sitzung des Balkan Ausschusses war der Debatte über einen am Montag eingebrachten Antrag des australischen Delegierten Dr. E. R. Walker gewidmet. Walker hatte vorgeschlagen, einen besonderen Ausschuss zur Festsetzung der Höhe und Zahlungsweise von Reparationsleistungen einzusetzen.

Eine teilweise Unterstützung fand dieser Antrag in der Dienstagsitzung durch den kanadischen Abgeordneten D. J. Wilgrees. Scharf angegriffen wurde er jedoch durch V. Clementis (Tschechoslowakei) und W. Tarasenko (Ukraine). Nach Clementis Ansicht würde der australische Vorschlag zu einer Art wirtschaftlicher Diktatur führen. Tarasenko brachte sein Erstaunen darüber zum Ausdruck, mit welcher Leichtfertigkeit Australien die Herabsetzung der Reparationsleistungen fordere. Australien verführe großzügig auf Kosten anderer. Wollte Australien, so fragte Tarasenko, für eine geringe Steigerung des Welthandels die Stabilität des Friedens in Europa aufs Spiel setzen? Der australische Vorschlag, daß die Reparationszahlungen in Auslandswährungen geleistet werden sollten, bedeutete eine Verletzung der Unabhängigkeit Ruminiens.

Der polnische Delegierte erklärte im weiteren Verlauf der Sitzung zur Überraschung aller Anwesenden, sein Land verzichte auf Reparationsleistungen von Rumänien.

Der politische und territoriale Ausschuss für Rumänien nahm am Dienstag einstimmig den

Artikel 1 des Friedensvertrags mit Rumänien an. Dieser Artikel legt die rumänischen Grenzen entsprechend dem sowjetisch-rumänischen Abkommen vom 28. Juli 1940 und dem sowjetisch-tschechoslowakischen Abkommen vom 21. Juli 1945 fest. Zwei tschechoslowakische Anträge zur Unterstützung Ruminiens wurden abgelehnt.

Wie im Balkanausschuss, so brachte die australische Delegation auch im Wirtschaftsausschuss für Italien den Antrag auf Einsetzung einer Reparationskommission ein, deren Aufgabe es sein soll, Höhe und Zahlungsweise der Reparationsleistungen festzusetzen. Der australische Delegierte, Dr. Walker, machte vor allem geltend, daß der Abbruch von zweiitalienischen Abkommen über Sachlieferungen die Alliierten zwingen würde, nach wie vor eine besondere Maschinerie in Italien zu unterhalten. Dies würde bis zu einem gewissen Grad eine Verletzung der italienischen Souveränität bedeuten. Reparationen, deren Notwendigkeit grundsätzlich anerkannt, sollten bar bezahlt werden. Die italienische Wirtschaft solle durch Entzug eines Teils ihrer laufenden Produktion vermindert werden. Kriegsmaterial solle zerstört, nicht aber auf die Reparationsempfänger verteilt werden. Molotow antwortete dem australischen Delegierten in einer längeren Rede. Er bezeichnete die australischen Vorschläge als „Stereo- und nicht konstruktiv“, da sie sich in allen Punkten wiederholten. Ungarn, Rumänien und Finnland zahlten bereits seit einiger Zeit Reparationen und keines der drei Länder hätte sich bisher beklagt. Die australischen Vorschläge in der Reparationsfrage seien gegen die Sowjetunion gerichtet. Molotow erklärte: „Wir widersetzen uns aufschärfte der Forderung, die Festsetzung der Reparationshöhe zu verschieben.“ Er wandte sich dann gegen die Forderung, daß Reparationen in ausländischer Währung bezahlt werden sollten. Abschließend sagte er: „Die Sowjetunion wünscht nicht, die Souveränität der besetzten Länder zu beeinträchtigen. Die Einsetzung eines Ausschusses jedoch, wie ihn Australien fordert, würde eine dauernde Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten bedeuten.“

Die Delegation der Ver. Staaten sieht in der Lage, den australischen Abänderungsvorschlag zu unterstützen“, erklärte der amerikanische Delegierte Willard Thorpe dem Wirtschaftsausschuss für die Balkanländer.

Der Ausschuss befaßte sich erneut mit dem australischen Vorschlag zur Einsetzung einer besonderen Reparationskommission. Nachdem der weißrussische Delegierte die Zeitverschwendung kritisiert hatte, welche eine Erfüllung des australischen Willard Thorpe würde, ergriff der amerikanische Delegierte Willard Thorpe das Wort und erklärte u. a.: „Wir werden keine großen Fortschritte machen, wenn wir die Rechte anderer in Frage stellen. Wir sind der Überzeugung, daß jede Delegation ihre Vorschläge frei und offen vorbringen kann. Jedes Mitglied der Konferenz hat das Recht, Empfehlungen des Außenministeriums in Frage zu stellen und weitere Untersuchungen zu befürworten. Doch, so fügte er hinzu, sollten Untersuchungen über Reparationsangelegenheiten nur dann durchgeführt werden, wenn die Konferenz davon überzeugt werden können, daß die Reparationen unverfürgbar sind. Deshalb müsse die amerikanische Delegation den australischen Vorschlag ablehnen. Der französische Delegierte Herr Alphonse erklärte, daß die Forderungen der Rumänen gestellt werden, übersteigen nicht dessen Kraft. Auch sei eine Abgeltung der Reparationsleistungen in Sachwerten einer Barzahlung vorzuziehen, da sie wirtschaftlich vorteilhafter sei.“

In der Mittwochsitzung des militärischen Ausschusses schloß der Vorsitzende vor, daß die in einem Memorandum vorgelegten Vorschläge ehemaliger Feindstaaten nur in der Form von Zusatzfragen besprochen werden sollten. Der Vorschlag wurde mit 20 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Im weiteren Verlauf der Debatte über die Verfahrensregelung wurde der Vorschlag des Vorsitzenden, die Einzelnen Artikel des Vertragsentwurfes mit Italien der Reihe nach durchzuarbeiten, angenommen.

Treffen der „Großen Vier“

Die Außenminister der vier Großmächte werden am Donnerstag um 16 Uhr in Paris zusammenkommen. Der Ort der Zusammenkunft wurde von der französischen Regierung vorgeschlagen.

„Auf dem toten Punkt angelangt“

Dean Acheson zu den Verhandlungen über die Entmilitarisierung Deutschlands

Washington, 28. August. (dona) Staatssekretär im US-Außenministerium Dean Acheson, der am Freitag die Gedächtnisrede am Dienstag in einer Pressekonferenz, die Verhandlungen der vier Großmächte über die Entmilitarisierung Deutschlands und über die Herstellung von Kriegsmaterial in den Besatzungszonen Deutschlands seien „auf dem toten Punkt angelangt“.

Acheson war die Frage vorgelegt worden, ob die Berichte stimmten, wonach in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands — im Gegensatz zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens — beträchtliche Mengen von Rüstungsmaterial hergestellt worden seien. Acheson erklärte, daß der Außenminister Bernes habe dem Außenminister in Paris vorgeschlagen, daß alle Fragen, die mit der Entmilitarisierung Deutschlands und der Erzeugung von Kriegsmaterial in Deutschland im Zusammenhang stehen, durch eine Dreimächtekommission entschieden werden sollten.

„Die Delegationen der drei Westmächte waren sich einig, daß die Delegationen der Sowjetunion, die in dieser Angelegenheit übereinstimmend erzielt worden sei. Als dann im alliierten Kontrollrat über die praktische Durchführung beraten werden sollte, stellte sich heraus, daß die Sowjetunion die Ansicht vertrat, es sei keine Übereinstimmung erzielt worden und die Untersuchungen der Kommission dürften sich nicht auf Industrieanlagen erstrecken.“

Die ganze Angelegenheit sei auf dem toten Punkt angelangt, und da die vorgeschlagene Kom-

mission nicht eingesetzt worden sei, hätten die Ver. Staaten keine Möglichkeit, die Berichte, die Rußland der unerlaubten Erzeugung von Rüstungsmaterial beschuldigten, nachzuverfolgen.

Der Untersuchungsausschuss berichtet, daß noch keine Antwort auf die an die Monroie gestellten Fragen eingetroffen sind. Der sowjetische Delegierte erklärte, ein Vertreter der Monroie sei auf dem Wege nach New York.

Großbritannien, die Vereinigten Staaten, China, Frankreich, Mexiko, die Niederlande und Brasilien befürworteten den Aufnahmestrich Irland. Die Sowjetunion lehnt den Antrag ab, da sie keine diplomatischen Beziehungen zu Irland unterhält.

Der Delegierte der Vereinigten Staaten weist auf die hervorragende Mitarbeit Irlands während des Krieges hin. Der britische Delegierte fügt die demokratische Lebensform in Irland hervor. Kein Staat hat den irländischen Antrag abgelehnt.

Es liegen keine Ablehnungen des afghanischen Antrags vor. Die Ver. Staaten, Großbritannien und Ägypten befürworten das Gesuch. Der Delegierte der Vereinigten Staaten lobt die strikte Einhaltung der Neutralität durch Afghanistan.

Nachdem das Gesuch von Großbritannien und den Vereinigten Staaten unterstützt worden war, erklärte der französische Delegierte, er sei wegen des Konfliktes, der zwischen Frankreich und Siam bestehe, seit Siam im Jahre 1940 Indochina annektiert habe, nicht in der Lage, das siamesische Aufnahmegesuch zu befürworten.

„Wissenschaftlicher“ Mord in den KZ

Vorbereitungen zum bakteriologischen Krieg — Göring befahl die Experimente — Prozeßabschluß in Kürze

Schon 1943 bakteriologischer Krieg

Nürnberg, 28. August. (dona) Schon im Juli wurde Göring von Hitler beauftragt, den Vorbereitungen zum bakteriologischen Krieg vorzubereiten. Diese Aufgabe machte in der Montag-Vormittags-Sitzung des Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesses der Zeuge Prof. Dr. med. Walter Schreiber, während des Krieges Generalarzt und Leiter der wissenschaftlichen Institute der Militärakademie in Berlin war.

Vorbereitungen des bakteriologischen Krieges wurde eine „Arbeitsgemeinschaft“ gegründet, an der führende deutsche Wissenschaftler beteiligt waren.

Heeresführung plante einen Krieg mit dem Postbakterium, konnte ihn aber nicht mehr ausführen bringen, da der Vormarsch der Roten Armee und der Mangel an Zeit die Beendigung der Experimente verhinderten. Diese Aussage machte in der Montag-Sitzung der Zeuge Generalarzt Walter Schreiber, Generalarzt in der deutschen Wehrmacht und zuletzt Leiter der wissenschaftlichen Institute der deutschen Militärakademie in Berlin, der am 30. April 1945 in russische Gefangenschaft fiel.

Im Juli 1943 sei vom OKW eine Geheimbesprechung nach Berlin einberufen worden, an der sich er teilgenommen habe. Ein Oberst habe ihm einen Generalleutnant als Chef der Abteilung für diese Angelegenheit bezeichnet. Mit Blockflieger wurde eine Kriegswaffe erprobt. Hier habe er die notwendigen Vollmachten erteilt und eine Arbeitsgemeinschaft „bakteriologischer Krieg“ errichten lassen.

In der Konferenz sei die Mitteilung gemacht worden, daß ein Institut gebildet würde, in dem Experimente mit Schädlingen gegen Kuckuckslarven durchgeführt werden sollten. Einige Tage später habe ihm sein Vorgesetzter Schmidt-Brücken mitgeteilt, daß Göring einen gewissen Professor Blome mit der Errichtung des bakteriologischen Instituts in Posen beauftragt habe. Die Professoren Schul-

mann und Stantin sowie andere seien mit der Durchführung der Forschungsarbeiten beauftragt worden. Auf die Frage des russischen Anklägers antwortete der Zeuge weiter, daß er annehmen möchte, daß das OKW über diese Pläne informiert war. General Alexandrow fragte den Zeugen wie er sich die Tatsache, daß das deutsche Oberkommando dieses fürchterliche Mittel in den Dienst der Kriegführung habe stellen wollen, erkläre. Schreiber antwortete, daß nach der Niederlage bei Stalingrad die deutsche Heeresführung wohl eingesehen habe, daß mit normalen Mitteln der Krieg für Deutschland nicht mehr zu gewinnen war.

„Mörderische“ Wissenschaft

„Im März 1945 besuchte mich Professor Blome, er berichtete mir, daß er sein Institut in Posen infolge des Vorrückens der Roten Armee fluchtartig habe räumen müssen. Er sei nun in großer Sorge, daß die Einrichtungen für Menschenversuche in die Hände der Russen fallen könnten. Der Plan, das Institut mit Stukabombern in die Luft zu sprengen, sei auch mißlungen.“

General Alexandrow: „Wie erklären Sie sich, daß von der deutschen Armee der bakteriologische Krieg nicht mehr verwirklicht wurde?“

Schreiber: „Ich nehme an, daß die Zeit nicht mehr reichlich hat, um die Experimente zu Ende zu führen. Mit Pestbakterien war auch der Fachmann nicht so vertraut, daß er schnell auf den richtigen Weg gekommen wäre. Es müßten Impfstoffe hergestellt werden und das alles nahm Zeit. In Anspruch, durch die Verteilung von Posen aber ein einziges Mal sehr viel Zeit verloren.“

Professor Schreiber schilderte sodann, wie auf einer Tagung der militärärztlichen Akademie im Oktober 1943 SS-Obersturmführer Dr. Dink einen Vortrag über bakteriologische Experimente an der Häftlinge des KZ Buchenwald hielt. Mit Blockflieger infizierte Läuse seien den ausgewählten Personen zugeführt worden, und es seien auch Todesfälle

zu beklagen gewesen. „Meines Erachtens“ so sagte Schreiber, „hätten diese Experimente keine nennenswerten wissenschaftlichen Wert, weil sie der Wissenschaft nichts Neues brachten.“ Es sei auch mitzuteilen, daß der SS-Obersturmführer Professor Gebhard in Hohenhausen an russische Kriegsgefangenen Schädeloperationen vornahm. Gebhard tötete dann die so operierten Gefangenen in bestimmten Absichten, um die Knochenversäuren festzustellen.

Weiter berichtete der Zeuge über Experimente an lebenden Personen im Konzentrationslager Dachau. Im Sommer oder Herbst 1943 hätten Dr. Kramer und Professor Höchstlöhner von der Universität Kiel über Versuche für einen neuen Schutzanzug für abstrahierende Flieser berichtet. Man habe die Häftlinge in diesen Anzügen in kaltes Wasser gesetzt und ausprobiert, bei welcher Temperatur der Tod eintrat. Natürlich seien eine Reihe von Personen dabei ums Leben gekommen.

Göring ordnete Experimente an

Stabsarzt Kramer habe ausdrücklich gesagt, daß Göring diese Versuche anordnet und „Himmel liebenswürdigerweise Personen zur Verfügung stellt“ habe. Er könne sich nicht vorstellen, so sagte der Zeuge weiter, daß Göring von der Durchführung der Experimente keine Kenntnis gehabt habe.

General McClure als Gast in Nürnberg

Nürnberg, 28. August. (dona) General Robert W. McClure, der Leiter der Nachrichtenkontrolle der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, wohnte am Dienstag einer Verhandlung des internationalen Militärtribunals bei. Vorher besuchte General McClure das Bismarck-Büro im Justizpalast und ließ sich über die Vorbereitungen für die Übermittlung des Urteils im Kriegsverbrecherprozeß an die deutschen Zeitungen und den Rundfunk berichten.

„Aus aller Welt“

Washington, Der amerikanische Innenminister Julius A. Krug erklärte am Dienstag, er habe vorgeschlagen, Alaska und Hawaii als 49. und 50. Staat in die USA aufzunehmen.

Paris, Der internat. Sozialisten-Kongreß begann seine Arbeit am Dienstag unter dem Vorsitz Leon Blums im Palais de la Mutualité in Paris.

Rom, Der ehemalige deutsche Botschafter beim Vatikan, Baron von Weizsäcker, ist aus der Vatikanstadt ausgewiesen und den alliierten Behörden übergeben worden. Die Auslieferung Weizsäckers und seiner Frau erfolgte auf offizielles Ersuchen des alliierten Kontrollrats in Deutschland. Von Weizsäcker und seine Frau werden nach der franz. Besatzungszone Deutschlands gebracht werden.

Belgrad, Die amtliche Nachrichtenagentur beschuldigt England und Amerika, daß sie trotz der Zwischenfälle, bei denen amerikanische Transportflugzeuge zur Notlandung gezwungen wurden, ihre Einflüsse nach Jugoslawien fortzusetzen hätten.

Athen, Hektor Tsironikos, ehemaliger stellv. Premierminister und Finanzminister während der Besatzungszeit der „Achenmächte“ in Griechenland, ist von den amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland an Griechenland ausgeliefert worden. Tsironikos wurde bereits in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Peiping, Die chinesischen Truppen der Zentralregierung haben, wie das kommunistische Hauptquartier am Dienstag hier bekanntgab, einen Großangriff auf den kommunistischen Stützpunkt in Chenxi gemacht.

Sitzung des Wirtschaftsausschusses für die Balkanländer

Die Delegation der Ver. Staaten sieht in der Lage, den australischen Abänderungsvorschlag zu unterstützen“, erklärte der amerikanische Delegierte Willard Thorpe dem Wirtschaftsausschuss für die Balkanländer.

Der Ausschuss befaßte sich erneut mit dem australischen Vorschlag zur Einsetzung einer besonderen Reparationskommission. Nachdem der weißrussische Delegierte die Zeitverschwendung kritisiert hatte, welche eine Erfüllung des australischen Willard Thorpe würde, ergriff der amerikanische Delegierte Willard Thorpe das Wort und erklärte u. a.: „Wir werden keine großen Fortschritte machen, wenn wir die Rechte anderer in Frage stellen. Wir sind der Überzeugung, daß jede Delegation ihre Vorschläge frei und offen vorbringen kann. Jedes Mitglied der Konferenz hat das Recht, Empfehlungen des Außenministeriums in Frage zu stellen und weitere Untersuchungen zu befürworten. Doch, so fügte er hinzu, sollten Untersuchungen über Reparationsangelegenheiten nur dann durchgeführt werden, wenn die Konferenz davon überzeugt werden können, daß die Reparationen unverfürgbar sind. Deshalb müsse die amerikanische Delegation den australischen Vorschlag ablehnen. Der französische Delegierte Herr Alphonse erklärte, daß die Forderungen der Rumänen gestellt werden, übersteigen nicht dessen Kraft. Auch sei eine Abgeltung der Reparationsleistungen in Sachwerten einer Barzahlung vorzuziehen, da sie wirtschaftlich vorteilhafter sei.“

In der Mittwochsitzung des militärischen Ausschusses schloß der Vorsitzende vor, daß die in einem Memorandum vorgelegten Vorschläge ehemaliger Feindstaaten nur in der Form von Zusatzfragen besprochen werden sollten. Der Vorschlag wurde mit 20 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Im weiteren Verlauf der Debatte über die Verfahrensregelung wurde der Vorschlag des Vorsitzenden, die Einzelnen Artikel des Vertragsentwurfes mit Italien der Reihe nach durchzuarbeiten, angenommen.

Treffen der „Großen Vier“

Die Außenminister der vier Großmächte werden am Donnerstag um 16 Uhr in Paris zusammenkommen. Der Ort der Zusammenkunft wurde von der französischen Regierung vorgeschlagen.

„Wissenschaftlicher“ Mord in den KZ

Vorbereitungen zum bakteriologischen Krieg — Göring befahl die Experimente — Prozeßabschluß in Kürze

Schon 1943 bakteriologischer Krieg

Nürnberg, 28. August. (dona) Schon im Juli wurde Göring von Hitler beauftragt, den Vorbereitungen zum bakteriologischen Krieg vorzubereiten. Diese Aufgabe machte in der Montag-Vormittags-Sitzung des Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesses der Zeuge Prof. Dr. med. Walter Schreiber, während des Krieges Generalarzt und Leiter der wissenschaftlichen Institute der Militärakademie in Berlin war.

Vorbereitungen des bakteriologischen Krieges wurde eine „Arbeitsgemeinschaft“ gegründet, an der führende deutsche Wissenschaftler beteiligt waren.

Heeresführung plante einen Krieg mit dem Postbakterium, konnte ihn aber nicht mehr ausführen bringen, da der Vormarsch der Roten Armee und der Mangel an Zeit die Beendigung der Experimente verhinderten. Diese Aussage machte in der Montag-Sitzung der Zeuge Generalarzt Walter Schreiber, Generalarzt in der deutschen Wehrmacht und zuletzt Leiter der wissenschaftlichen Institute der deutschen Militärakademie in Berlin, der am 30. April 1945 in russische Gefangenschaft fiel.

Im Juli 1943 sei vom OKW eine Geheimbesprechung nach Berlin einberufen worden, an der sich er teilgenommen habe. Ein Oberst habe ihm einen Generalleutnant als Chef der Abteilung für diese Angelegenheit bezeichnet. Mit Blockflieger wurde eine Kriegswaffe erprobt. Hier habe er die notwendigen Vollmachten erteilt und eine Arbeitsgemeinschaft „bakteriologischer Krieg“ errichten lassen.

In der Konferenz sei die Mitteilung gemacht worden, daß ein Institut gebildet würde, in dem Experimente mit Schädlingen gegen Kuckuckslarven durchgeführt werden sollten. Einige Tage später habe ihm sein Vorgesetzter Schmidt-Brücken mitgeteilt, daß Göring einen gewissen Professor Blome mit der Errichtung des bakteriologischen Instituts in Posen beauftragt habe. Die Professoren Schul-

„Letzte Neuigkeiten“

Sowjetbotschafter in Griechenland fordert seinen Paß

Athen, 29. August. (dona) Der sowjetische Botschafter in Griechenland, Admiral Rodionow hat, wie die amtierende griechische Außenministerin Stephanopoulos am 27. d. M. bekanntgab, um das Visum für seinen Paß für seine bevorstehende Ausreise nachgesucht. Wie ein Sprecher der sowjetischen Botschaft hierzu erklärte, wird ein Geschäftsträger mit der Leitung der sowjetischen Mission in Athen beauftragt werden. Ein hoher griechischer Reservenbeamter teilte mit, daß Admiral Rodionow erst nach dem Volksentscheid in Griechenland nach Moskau zurückkehren wird.

Admiral Rodionow überreichte am Montag der griechischen Regierung seine Note, in der er gegen die griechische Presse veröffentlichte Angriffe auf die Sowjetunion und gegen das Verbot von sowjetischen Filmen in einigen Gebieten Griechenlands protestierte. Der griechische Außenminister erklärte, daß eine dementsprechende Untersuchung eingeleitet werden würde.

Zwei Redakteure der monarchistischen Zeitung „Elikon Aima“ C. Vovolinis und W. Milios, die angeblich Verleumdungen gegen Generalissimo Stalin und die Sowjetunion veröffentlicht hatten, wurden zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem die griechische Regierung einen Strafmandat ausgestellt hatte. Beide Redakteure haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

USA erkennt internat. Gerichtshof an

New York, 28. August. (INS) Die Ver. Staaten haben sich verpflichtet, gewisse Arten von Streitfällen vor das internationale Tribunal der UN zu bringen. Der Schritt erfolgte am Montag, als Präsident Truman dem Generalsekretär der Ver. Nationen, Trygve Lie, mitteilte, daß die Ver. Staaten die Zuständigkeit des Gerichtes für diese Streitfälle von vornherein anerkennen. Der amtierende amerikanische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Herschel V. Johnson, der dem Generalsekretär der UN das Schreiben des Präsidenten überbrachte, erklärte: „Dies ist ein weiterer Beweis für die Entschlossenheit meiner Regierung, alles zu unternehmen, was in ihrer Macht steht, um sicherzustellen, daß die Vereinten Nationen den Weltfrieden erhalten werden.“

Todesurteil für Mißhandlung

Reddinghausen, 28. August. (dona) Das britische Militärgericht in Reddinghausen verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den deutschen Staatsangehörigen Georg Stuck zum Tode. Stuck ist schuldig befunden worden, 1943 bis 1945 in Vada bei Eisenach britische Kriegsgefangene mißhandelt zu haben.

Urteilsspruch im Trandum-Prozeß

Hamburg, 28. August. (dona) Das britische Militärgericht in Hamburg verurteilte am 26. August neun Angeklagte des Trandumprozesses zu Gefängnisstrafen von je 14 Jahren. Vier weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Verhandlungen im guten Fortschreiten

Zur Zonenvereinheitlichung

Verhandlungen im guten Fortschreiten





